

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Harmon-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Das Finanzministerium hat die Wiederwahl des A. G. Pummerer zum Präsidenten, und des Franz Honauer zum Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Linz bestätigt.

Das Finanzministerium hat die Wiederwahl des Wilhelm v. Alth zum Präsidenten, und des Josef Rubinstein zum Vize-Präsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Czernowitz bestätigt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 10. Februar.

Auch der geschickteste Mann kann nicht von sich sagen, daß er nie in seinem Leben eine Dummheit begangen habe. In der preussischen Kammer mögen recht viel geschickte Männer sitzen; die Annahme des Binde'schen Amendements bezüglich der italienischen Frage, ist eine kolossale Dummheit. Abgesehen davon, daß dadurch bewiesen wird, wie wenig vertraut die Herren mit weittragenden politischen Dingen sind, ist es noch sehr unklug gehandelt, Preußen die geringen Sympathien, welche es in Oesterreich und Süddeutschland besitzt, vollends zu verschmerzen. Und wahrlich, das ist gerade jetzt nothwendig, jetzt, wo der Ruf nach Einheit und Einigkeit lauter tönt als je, wo die Gefahr immer näher rückt und tausend Besorgnisse wachruft. Die österreichische Presse muß die übrige deutsche wird ihr Verdammungsurtheil über diesen Akt politischen Blödsinns aussprechen. Die „Ost.-D. P.“ bringt einen energischen Artikel, und sagt: „Es ist ein schwachwollter Akt! Eben so leichtsinnig, als entwürdigend. Die italienische Presse und wahrscheinlich auch ein Theil der französischen und englischen wird den Kopf des Herrn v. Vinke mit Lorbern krönen. Aber im vertraulichen Gespräche wird bei den Politikern aller Parteien nur ein böhnisches und verächtliches Urtheil zu hören sein. Was wird nun die Folge sein? Blamage! Denn daß ein so unbesonnenes, undeutsches Votum nicht maßgebend sei für die Regierung, liegt auf der Hand. Würde es als maßgebend aufgefaßt, so müßte Herr v. Schleinitz sein Portefeuille niederlegen, und vor dem Mißtrauensvotum sich zurückziehen. Aber es wird geben, wie es mit der Heeresergänzung gegangen ist. Die Kammer hat votirt und der Prinz-Regent hat dekretirt. Der Beschluß, den die 159 zur Majorität erhoben, ist zu unpolitisch, er wird viel zu viel Rekrimationen in Deutschland hervorrufen, als daß es der Regierung nicht leicht werden sollte, später dieses Votum durch ein anderes paralyßiren zu lassen.“ Sie wird es thun, denn es muß ihr daran gelegen sein die Schande auszumergen. Sie braucht nichts anders zu thun, als die Frage noch ein Mal in anderer Form vorzulegen. Der Binde'sche Antrag erlangte nur durch Zufall die Majorität, mehr als 43 Mitglieder der Kammer waren abwesend. Bei einer zweiten Abstimmung, wenn ganz Deutschland und Oesterreich sich ausgesprochen haben werden, wenn die Presse Frankreichs und Englands „Mitleidartikel“ über die Vinke'sche Staatsweisheit gebracht haben werden, dürfte das Resultat ein ganz anderes sein. Aber selbst, wenn die Regierung über den Vorfall hinweggehen sollte, wird sie sich in ihrer auswärtigen Politik nicht betheiligen lassen, dafür spricht schon die Anschauung des Ministeriums, wie sie Baron Schleinitz in seiner Rede entwickelte, die wir nachstehend folgen lassen. Aber auch die gegenwärtige friedliche Stimmung der Kabinete wird nicht um ein Haarbreit von der eingeschlagenen Richtung abweichen. Piemont kann um Venetien keinen Krieg führen, Frankreich will jetzt keinen Krieg

haben, das preussische, englische und russische Cabinet haben sich wenigstens auf diplomatischem Wege gegen jede fernere Gewaltthatigkeit Piemonts ausgesprochen. Es ist sogar leicht möglich, daß die gesetzgebende Kammer Frankreichs sich durch das preussische Votum veranlaßt fühlt, in einem entgegengesetzten Sinne zu votiren, theils um Preußen nicht nachzutreten, theils aus alter Antipathie gegen ein Land, das den napoleonischen Ideen von jeher im Wege stand, und gegen das man eben jetzt nicht sonderlich freundlich gestimmt ist.

Rede des Ministers Schleinitz.

Nachdem mehrere Redner sich ausführlich über die italienische Frage verbreitet haben, glaube ich Ihnen den Standpunkt darlegen zu müssen, von dem aus die königl. Regierung diese hochwichtige Frage betrachtet. Sie hat nicht den geringsten Grund zur Mißgunst gegen Italien, gegen das Volk, welches einst die Welt bekehrte, das in Kunst und Wissenschaft Großes und Außerordentliches geleistet, welches auch seinen Namen mit ruhmvollen Zügen in die Kulturgeschichte der Menschheit eingezeichnet hat. Auch dem sind wir nicht entgegen, daß ein Volk mit solcher Vergangenheit und so entschieden ausgeprägter Nationalität dieser seiner Nationalität eine deren Sicherheit verbürgende und seiner Bedeutung entsprechende politische Gestalt sich zu geben bemüht hat. Aber ohne den Werth der nationalen Idee irgendwie zu unterschätzen, glauben wir derselben nicht die absolute Geltung beilegen zu dürfen, die ihr in Italien vindicirt worden ist, eine Geltung, vor der alles Recht, sei es das Völkerrecht, sei es das Vertragsrecht, jedes Interesse, sei es auch das wichtigste und unzweifelhafteste, sich beugen müssen. Hier im Hause, meine Herren, wird, mit Ausnahme derjenigen Mitglieder etwa, welche sich leider weder in diesem Hause, noch in diesem Lande als einheimisch betrachten und betrachtet wissen wollen, kein Mitglied sich finden, welches dem Nationalitätsprinzip so unbedingt, ich möchte sagen, souveräne Bedeutung beimesse möchte. Eben so dürfte kaum unter den größeren europäischen Regierungen irgend eine gefunden werden, welche das Nationalitäts-Prinzip auf diese Weise gegen sich in Anwendung zu bringen mit ihrem Interesse in Einklang fände. Sollte aber doch von irgend einer Seite der thätigste und ernste Versuch gemacht werden, das Staatsgebäude Europa's auf rein nationalen Grundlagen zu rekonstruiren, so würde damit das Signal gegeben sein zu weiterschütternden Umwälzungen, zu blutigen und in ihren Folgen unabsehbaren Kämpfen.

Auch ein anderes Prinzip, das sogenannte Interventions-Prinzip, vermögen wir nicht als ein für uns unter allen Umständen bindendes und maßgebendes zu erkennen. Gleichwohl haben wir in Betreff der italienischen Angelegenheit uns jeder activen Einmischung thätigst enthalten zu müssen geglaubt. Die Gründe hiefür liegen auf der Hand. Die Ungewißheit über die letzten Ziele und Resultate dieser Bewegung; die Möglichkeit, daß neue und ernste Konflikte daraus entstehen bei der Verschiedenheit der Stellung, welche die einzelnen europäischen Mächte zu derselben einnehmen, die Abwesenheit jedes direkten Interesses und schon die räumliche Entfernung legte uns die Pflichten großer Vorsicht und Zurückhaltung auf; eine zuwartende und beobachtende Stellung zu nehmen, war allein dem preussischen Interesse entsprechend.

Nichtsdessenweniger ist diese Politik von verschiedenen Seiten einer gewissen tendenziösen Färbung angeklagt worden. Ich muß mich auf das Allerentschiedenste gegen diesen Vorwurf verwahren; die preussische

Regierung ist sich bewußt, sich keineswegs durch Sympathien und Antipathien, eben so wenig wie durch Tendenzen leiten gelassen zu haben, sondern durch das wohlverstandene Interesse des Vaterlandes, wie Das allein der Fall gewesen ist auch in Betreff der innern deutschen Politik. Zur Begründung dieses Vorwurfs einer tendenziösen Politik sind verschiedene Thatsachen angeführt, auf die ich nicht weiter eingehen will, da in der Discussion selbst keine Rede davon gewesen ist.

Was insbesondere Venetien betrifft, so ist von keiner Seite bestritten worden, daß der Besitz desselben zunächst für Oesterreich, mittelbar aber auch für das gesamte Deutschland von großer militärischer und strategischer Wichtigkeit sei. Diesen Satz näher auszuführen und zu begründen, ihn nach seinen Konsequenzen zu verfolgen, ist nicht sowohl eine politische als militärisch-technische Aufgabe. Ich will nur insoweit darauf eingehen, als ich bemerke, daß auch unser großer Generalstab die Ansicht von der hohen militärisch-strategischen Bedeutung Venetiens für das gesamte Deutschland in vollkommenstem Maße theilt. Wenn hiernach in dieser Beziehung ein ziemlich allgemeines Einverständnis zu herrschen scheint, so will ich Dies konstatiren, aber keine andere Konsequenzen daraus ziehen, als die, daß die preussische Regierung sich nicht dazu berufen fühlen kann, der österreichischen Regierung die Verzichtleistung auf Venetien anzurathen oder die Abtretung desselben direkt zu befördern.

Die venetianische Frage vermögen wir weder als eine unmittelbare, noch als eine unvermeidliche zu betrachten. Oesterreich scheint entschlossen, aus seiner defensiven Stellung nicht herauszugeben; auch die sardinische Regierung erklärt, nicht die Absicht zu haben, zum Angriff gegen Oesterreich vorzugehen. Es versteht sich von selbst, daß wir beide Kabinete in diesem Entschlusse zu bestärken suchen. Ein Gleiches geschieht von den übrigen Großstaaten, und man darf die Hoffnung nicht aufgeben, daß es gelingen werde, den drohenden Konflikt nicht bloß hinauszuschieben, sondern ihn vielleicht ganz zu beseitigen.

Dem Vorschlage des Herrn v. Vinke vermag ich nicht beizustimmen, denn es ist unverkennbar, daß derselbe, wenn gleich nicht nach seiner Tendenz, doch nach seiner Konsequenz, die Politik der Regierung in unzulässiger Weise vinkulirt, und zwar nicht bloß in Beziehung auf die italienischen, sondern auch in Beziehung auf die allgemeinen europäischen Verhältnisse. Ich bemerke und betone es, daß es keineswegs auch für die Zukunft in der Absicht der preussischen Regierung liegt, sich in die italienische Bewegung, sofern es sich nur um solche handelt, thätig einzumischen. Allein, meine Herren, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß diese Bewegung möglicherweise eine Ausdehnung gewinnen kann, die uns nöthigt, thätiglich gegen dieselbe einzuschreiten. Namentlich würde dieß der Fall sein, wenn diese Bewegung auch auf deutsches Bundesgebiet sich erstrecken, ja solches ausdrücklich in Anspruch nehmen sollte. Meine Herren, daß Befürchtungen dieser Art nicht ganz aus der Luft gegriffen sind, darüber erlaube ich mir, mich zu beziehen auf einen mir vorliegenden Artikel des in Turin erscheinenden Blattes „Opinione“, worin es heißt: „Wenn, um Verona zu nehmen, ein äußerstes Stück des deutschen Bundes berührt werden müßte, so könnte Das als kein Eingriff auf Deutschland angesehen werden!“ (Bewunderung und Gelächter.) Es ist ferner nicht ganz außer Auge zu lassen, daß die Frage in ihrem weiteren Verlauf zu neuen Konflikten, welche einen europäischen Charakter annehmen können, Veranlassung geben kann; allein allen diesen Eventualitäten scheint mir das Amendement v. Vinke mehr oder weniger zu präjudiziren, und ich muß deshalb dringend bitten, das Amendement abzulehnen; ich möchte auch den

Wunsch ausdrücken, daß auch kein anderes Amendement in Beziehung auf die italienische Frage zur Annahme gelangen möge.

Oesterreich.

Wien. Ihre k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie haben dem Bischof Witmann-Bereine zur Gründung einer Erziehungsanstalt für arme Knaben in Regensburg 300 Gulden gnädigst gespendet.

Wien, 7. Februar. Aus Belgrad wird der „Oest. Zig.“ mitgeteilt, daß der Fürst Michael Obrenowitsch, der seit einiger Zeit leidend ist, einen Arzt aus Wien telegraphisch zu sich berufen habe.

— Das Fortbestehen der Universitäten in Graz und Innsbruck, welches durch das vom Minister Souchowewski beantragte Ersparungs-System gefährdet war, darf nun als gesichert betrachtet werden. Wie wir erfahren, haben sich die Handelskammern im Verein mit den Gemeinderäthen und Provinzialständen der betreffenden Kronländer dahin vereinigt, nicht nur die zur bisherigen Erhaltung der genannten beiden Universitäten erforderlichen Fonds gemeinsam zu bestreiten, sondern diese letztern dahin zu erweitern, daß in Zukunft auch die medizinische Fakultät, welche bisher nur auf das chirurgische Studium beschränkt war, vollständig zu errichten.

— Arthur Görgey richtet an den „P. R.“ einen Brief, in welchem er sich dahin ausspricht, es sei seine innige Ueberzeugung, „daß Ungarn nach so vielen Leiden des Völkergesamtes bedarf, nicht aber der blutigen Fahne. Bewahre Gott die Brudervölker dieser Nation vor abermaligen Verwicklungen, die einzig und allein der Kriegsmann in Ordnung bringen kann. Wobin die Politik der Rache führt, darüber nachzudenken, hat man jetzt in Wien Gelegenheit. Gebe der Gott der Ungarn, daß sein Volk nicht jetzt wieder im Begriffe sei, durch seinen eigenen Schaden klug zu werden, und möge er Selbstverläugnung verleihen den Männern, die berufen sind, dießseits wie jenseits der Leitha das heilige Wort aufrichtiger, also ohne Zweifel auf dem gesegneten Boden von 1847—48 beruhender Versöhnung zu verkünden.

Schäßburg, 1. Februar. Die Schäßburger Kommunität hat, wie die „Hermannstädter Zeitung“ mittheilt, in ihrer Sitzung vom 23. Jänner beschlossene, da auf die Gesuche wegen Wiederherstellung der sächsischen Verfassung noch immer keine Erledigung gekommen, Sr. Majestät im Wege der siebenbürgischen Hofkanzlei auf's Neue eine dießfällige Petition zu unterbreiten, und darin zugleich gegen die etwaige Ernennung der sächsischen Oberbeamten Verwahrung einzulegen.

Der in **Neusatz** erscheinende „Srbzki Dnewnik“ veröffentlicht ein Schreiben des Generals G. v. Stratiwitsch an Franz Deak, worin geklagt wird, daß Ungarn abermals über die Zukunft der Womwodianer Serben entscheiden wolle, ohne sie zu befragen. So wie auf den Landtagen 1792 und 1848, so schlage Ungarn nun schon zum dritten Male den gefährlichen Weg ein, über das Schicksal der Serben durch Verneinung ihrer historischen Rechte und Nationalität zu entscheiden. Nicht die Vereinigung mit der ungarischen Krone — denn diese erkenne er selbst als notwendig für die gedeihliche Zukunft der beiden Volksstämme — wohl aber die Art und Weise, wie diese Vereinigung geschah, sei weder politisch noch gerecht. Für sich selbst streben die Magyaren mit so unerschütterlicher Festigkeit die nationale Berechtigung an, den Serben verweigern sie selbe. Wollen die Magyaren das Mißtrauen und die Bitterkeit, die dadurch erregt werden, und welche die Entwicklung eines konstitutionellen Ungarns benachteiligen könnten, bannen, dann sollen sie beweisen, daß sie nicht mehr wie im Jahre 1848 magyarisiren wollen und daß sie die historischen Rechte der Serben achten, daß sie den Bestand der Serben als Nation garantiren. Dazu sei vor Allem eine Nationalversammlung der Serben notwendig, die gemeinsam mit dem ungarischen Landtag die Grundzüge feststellen soll, auf welchen die Vereinigung der Womwodina mit Ungarn zu beruhen habe.

Von der **dalmatinischen Grenze** schreibt man dem „Pozor“: Einige Bosniaken, die aus Unze kamen, erzählen schauerhafte Dinge über die türkische Wirthschaft in Podrien. Die Türken nehmen das Drittel, den Zehent und überdieß, was ihnen sonst noch beliebt, und verüben die größten Gewaltthaten an der armen Raja. Wer nicht zahlt oder wer sich beschwert, daß ihm Unrecht geschehe, den quälen sie auf verschiedene Weise. Unter Anderm haben sie eine Anzahl von 20—30 Menschen in's Freie auf's Eis gesetzt, sie mit Wasser begossen, bis sie ganz starr waren u. dgl. m.

Deutschland.

Karlsruhe, 2. Februar. Die „Bad. Pres.“ schreibt: Bekanntlich leben in unserem Großherzogthum

noch mehrere Geistliche, über welche die Excommunication major verhängt ist. Zu ihnen gehört auch Herr Dekan Haberstroh, ein in jeder Beziehung ausgezeichnet und würdiger Priester. Ungeachtet wiederholter Bittgesuche von Seiten desselben hat das Ordinariat bisher sich hartnäckig geweigert, eine Aufhebung der Excommunication zu beantragen. Dagegen hat die großherzogliche Regierung einen neuen Beweis ihrer Humanität und Gerechtigkeitsliebe gegeben, indem sie den Tischtitel des Herrn Dekan Haberstroh auf jährl. 600 fl. erhöhte. Es steht zu erwarten, daß dem Herrn Dekan später eine gesetzliche Pensionirung zu Theil werden möge.

Stuttgart, 5. Februar. Der heutige „Württ. Staatsanzeiger“ eröffnet seine Spalten mit einem heftigen Ausfall gegen den National-Verein. Wenn die Mitglieder dieses Vereines sich das Recht nehmen, die Massen für ihre Ansichten zu gewinnen (sagt er u. A.), so dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Regierungen das nämliche Recht ausüben und „mit vereinten Kräften“ suchen, solchen Umsturzplanen entgegen zu arbeiten.

Frankreich.

Paris, 6. Februar. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers beronte Graf Moriny die vom Kaiser den großen Staatskörpern vorgezeichnete Mission, die vornehmlich in einer freimüthigen Begutachtung seiner Handlungen zu bestehen habe. Weiter erwähnte er, daß die Kammer ihre Sekretäre fortan, sowie im Senate, selbst wählen werde. Für die möglichst vollständige Berichterstattung in den öffentlichen Blättern werde zwar Sorge getragen werden; nichtsdestoweniger dürste es hier wie bei allen menschlichen Dingen geben, man werde nämlich nicht alle Welt zufrieden stellen können. Nachdem Herr von Moriny noch die Abschaffung des Gebrauches, welcher den Staatsräthen vorschreibt, in Uniform zu erscheinen, besprochen hatte, sagt er zum Schlusse, daß zwei Mal eine mächtige Hand das Gebäude wieder aufgerichtet habe, aber daß dieß das erste Mal sei, daß diese Hand sich aus freien Stücken, inmitten der Ruhe und des Friedens öffne, um dem Lande einen Theil der Rechte wiederzugeben, auf welche dieses einen heilsamen Verzicht geleistet hatte. Die politische Freiheit sei die Krönung jeder zivilisirten Gesellschaft, sie vergrößere die Nation und den Bürger. Die Ehre erheische es, ihre Dauer und ihre Entwicklung zu begünstigen; aber sie werde nur durch Ordnung und Sicherheit in Frankreich definitiv Wurzel fassen.

Admiral Barbier de Tinnan hat Paris am 6. d. M. verlassen, um sich nach Toulon zu begeben; das Mittelmeergeschwader trifft Anstalten, um im März in See gehen zu können.

Vor und in Gaëta ist die Zahl der Batterien vermehrt worden; die der Piemontesen scheinen nicht sowohl auf die Eröffnung einer Bresche, als auf die Fortsetzung der Beschießung der Stadt berechnet zu sein. Die Meldungen, daß Gaëta am Vorabend einer Kapitulation stehe, erscheinen — wie der „Pays“ bemerkt — bis jetzt in keiner Weise begründet und nichts berechtige zu der Voraussetzung, daß die Festung ohne regelmäßige Belagerung erliegen werde. Erste Operationen, wenn sie auch nur in einer Beschießung bestehen sollten, dürften schwerlich vor dem 10. d. M. beginnen können und es wäre besser, die Wahrheit mitzutheilen, als das Publikum in Illusionen zu erhalten, die später in den Thatsachen ihre Widerlegung finden.

Noch meldet „Pays“, daß die piemontesische Regierung Maßregeln trifft, um die Einfälle organisirter Korps in die römischen Staaten zu verhindern. Die von Spoleto aufgebrochene Brigade Ravenna soll die Provinz Rieti decken.

Die vom General Pinelli geführte Brigade Bologna, die ihre Operationen in der Delegation Ascoli in der Richtung gegen Argenta beendet hat, soll nördlich von Tagliacozzo durch die Gebirgspässe von Norcia vorrücken und das Korps des General Sonnaz zwischen Cora und Tagliacozzo gegen Frosinone agiren. Die päpstliche Regierung soll sich ebenfalls entschlossen haben, von Frosinone aus drei Kompagnien zu entsenden, um die Entwaffnung einer angeblich von Veroli aus gekommenen Truppe zu bewerkstelligen.

Großbritannien.

London, 5. Februar. Im Unterhaus wird die Adresse vorgeschlagen. White protestirt mit Unwillen gegen die gänzliche Weglassung der Reformfrage in der Thronrede; er schlägt ein Amendement vor, welches beantragt, daß es Pflicht der Regierung sei, Maßregeln zur Erweiterung der Wahlstimmen vorzulegen, indem sie die von dem Ministerium bei seinem Antritt übernommenen Verbindlichkeiten zur Ausführung bringe. Seymour unterstützt die Amendements und tadelt die Regierung wegen ihrer übermäßigen Kriegsausgaben.

D'Israeli behauptet, daß der Erfolg der Regie-

rung in der letzten Session nicht der Art gewesen sei, zu einer neuen Reform-Maßregel aufzumuntern. Was übrigens die auswärtige Politik betreffe, so wünsche er den Stand der Beziehungen zwischen Frankreich und England zu kennen, sowie ob das gute Einvernehmen erschüttert habe. Die Freiheit Italiens ist noch nicht erlangt. Rom und Venedig haben noch nicht die Thatsache. Frankreich kann nur Italien helfen, indem es seine Soldaten aus Rom zurückzieht und die Oesterreicher aus Venetien vertreiben hilft. Aber alsdann könnte Frankreich Italien Vereinigungen machen und Kaiser Napoleon befände sich an der Spitze einer Million Soldaten, was einen für England gefährlichen Zustand der Dinge ergeben würde.

Lord John Russell bezweifelt nicht, daß die englische Politik in Italien Erfolg haben werde. Wenn es den Italienern gelänge, ein einiges Italien zu gründen, so würde dieses Resultat der Regierung angenehm sein. Solches waren ihre Ansichten, als sie ihre letzte Depesche auf die von Baitel festgestellten Prinzipien gegründet, absandte. Piemont vertheidigt eine gerechte Sache. Frankreich, Oesterreich, Rußland und Preußen haben versucht, der italienischen Freiheit Einhalt zu thun. Der moralische Einfluß Englands hat die Sache Italiens unterstützt. Napoleon hat sich verbindlich gemacht, in Italien mit Waffengewalt nicht zu interveniren. Ueber diesen Punkt ist England vollkommen einig mit Frankreich. Kaiser Napoleon hat seine Mißbilligung sehr energisch ausgesprochen in Betreff jeden Versuchs von Seite Piemonts den Frieden von Zürich zu brechen und Venetien anzugreifen.

Die englische Regierung hat gleichfalls notifizirt, daß sie einen Angriff Venetiens nicht billigen kann. Sie hat ihre Meinung in Turin und in Paris zu wissen gethan, aber die englische Regierung ist entschlossen, diese Intervention nicht zu überschreiten, und sie glaubt, daß der Friede nicht gestört werden wird. Es ist zu hoffen, daß Oesterreich fähig sein wird, seine inneren Angelegenheiten zu ordnen und daß Preußen seine Differenz mit Dänemark schlichte werde, aber wenn der allgemeine Krieg ausbräche und England auch anfangs in denselben nicht verwickelt sein sollte, so könnte doch der Gang der Ereignisse, einen Staat in Gefahr bringen, für welchen England eine tiefe Sympathie habe, und alsdann würde es in den Krieg hineingezogen sein. Dieses ist der Grund, warum die Regierung so sehr die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa wünscht.

Zum Schlusse erklärt Lord John Russell, daß er nicht der Ansicht beistimme ein Reformprojekt vorzulegen.

Das Haus geht sodann zur Abstimmung des White'schen Amendements über; dafür sind 46, dagegen 129, Majorität dagegen 83 Stimmen. Die Adresse ist abgestimmt.

Im Oberhaus erklärt Lord Derby: Ich bin glücklich, darlegen zu können, daß die Abfassung der Adresse derart ist, daß keine Verpflichtung vorhanden ist, die bei dieser Gelegenheit wünschenswerthe Harmonie zu brechen. Ich bedauere, daß die königliche Rede des Glends der armen Klassen nicht erwähnt. Ich bedauere ebenso, daß keine Mittheilung in Betreff der finanziellen Lage des Landes gemacht worden ist. Er spricht sodann von den Angelegenheiten Italiens, kritisiert die Depesche Lord John Russell's und wünscht zu wissen, ob die Regierung dasselbe Vertrauen in die friedliche Politik Napoleons habe. Er betrachtet den Weiteifer der Länder in Rüstungen mit Besorgniß. Die letzte Rede des Kaisers Napoleon, obwohl in Worten friedlich, enthalte Prinzipien, welche ein aggressives System verbergen.

Graf Granville erwidert, daß die Beziehungen zum Auslande sehr befriedigend sind, hauptsächlich zu Frankreich, dessen Allianz große Vortheile bieten wird. Die Adresse wird angenommen.

Als Beweis, wie rasch die Ureinwohner in den Kolonien absterben, wenn das europäische Element ihnen nahe rückt, wird in den Ausweisen des Kolonialamts die Thatsache angeführt, daß von 10 Stimmen in Tasmanien (früher Van-Diemen's-Land) nur mehr vierzehn Personen am Leben sind, neun Frauen und fünf Männer, darunter vier verheiratet, aber kinderlose Paare. Die Einwohner selbst sind der Ansicht, es rühre dieß von dem durch den Einfluß der europäischen Einwanderer geänderten Lebenswandel her.

Spanien.

Madrid. Die Nachricht, daß Graf von Montemolin einige Tage vor seinem Tode ein Manifest erlassen habe, bestätigt sich vollkommen. Das Manifest war vom 1. Jänner datirt. Der Prästendent erklärt, daß seine Verzichtleistung auf den spanischen Thron, zur Zeit, als sie erfolgte, ernst gemeint war; er habe das Opfer ohne Hintergedanken gebracht. Später wurde er von seinen Anhängern bestürzt, seinen Beschluß rückgängig zu machen; es wurde geltend ge-

macht, daß er keine Persönlichkeit, sondern eine Partei repräsentire, und dieses Argument habe ihn bestimmt, seine Abdankung zu widerrufen. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß er eine Revolution in Spanien hervorzurufen suchte im Augenblicke, wo dieses Land in einem Kriege mit Marokko begriffen war. Sonderbarer Weise beruft er sich auf das Beispiel der französischen Revolutionäre im Jahre 1830, welche die Regierung der Restauration angriffen, gerade als sie den Krieg gegen den Dey von Algier unternommen hatte.

Rußland.

Aus dem Kaukasus wird berichtet, daß in Daghestan die friedliche Eroberung des Landes rasche Fortschritte macht. Das wichtigste Mittel derselben sind die Straßen, an denen sehr fleißig gebaut wird. Nächstens wird man nach Gunib (der letzten Burg Schamyl's) zu Wagen gelangen können. Freiwillige Anstifter aus dem Gouvernement Karsk waren eingetroffen und werden sich, wie es heißt, mit der Zucht von Merino-Schafen beschäftigen. Die Jugend soll große Lust zeigen, in russische Kriegsdienste zu treten, und bei jeder Vakanz in dem daghestan'schen irregulären Kavallerie-Regiment sollen sich zehn Kandidaten hinstellen.

Türkei.

Aus Konstantinopel, 2. Februar, berichtet man: Die Bulgaren überreichten neuerdings ein Gesuch um Errichtung einer besondern Hierarchie. Derwisch Pascha wurde von Petersburg abberufen. Vely Pascha geht über Paris nach Berlin, um den König zu beglückwünschen. Riazil Pascha, Generalgouverneur von Bagdad, ist abberufen und verhaftet worden. Der armenische Patriarch in Jerusalem ist gestorben. Das „Journal de Constantinople“ dementirt die Aufstellung neuer Armeekorps an der Donau und die Ernennung eines Oberbefehlshabers.

Amerika.

Die Krisis in Nordamerika geht unaufhaltsam ihren Gang. Nicht nur in den südlichen Staaten, auch in den nördlichen regen sich allerhand Sondergestalten. In dem Staate Maine wurde eine Denkschrift an den Governor des Staates gerichtet, von 10 der angesehensten Männer und 19.000 anderen Einwohnern dieses Staates unterzeichnet, worin gebeten wird, die Regierung möge Maßregeln ergreifen 1) zur Fortrennung dieses Staates von der Union, und 2) zur Eröffnung von Unterhandlungen mit der britischen Regierung behufs der Wiederaufnahme Maine's in das Reichsgebiet Ihrer Majestät und Vereinigung dieser Landschaft mit der angrenzenden Provinz Kanada.

Vermischte Nachrichten.

Der „Globe“ erzählt folgenden unirewilligen Nationalwitz aus Lemberg: Der Magistrat richtete eine amtliche Anfrage an die Janower Gemeinde, ob sie die amtlichen Erlasse polnisch oder ruthenisch zugesandt wünschte? „Polnisch und ruthenisch zugleich!“ — antwortete diese — ruthenisch, weil wir Ruthenen sind, polnisch aber, damit wir Euer unverständliches amtliches Ruthenisch verstehen!“

— Bekanntlich wurde im Jahre 1845 durch Professor Schönbein in Basel und Professor Böttcher in Frankfurt die Schießbaumwolle erfunden. Es kam jedoch sehr häufig vor, daß die Schießwolle in Folge der beim Laden entstandenen Reibung oder in Folge des durch den Ladehock erzeugten Druckes explodirte, und der Schuß den Ladenden tödtete oder verwundete. Ein solches Unglück passirte namentlich in Vincennes, wo die französische Artillerie Proben mit der Schießbaumwolle hielt. Ein Frankfurter Bürger Namens Stephanus, erzeugt nun, wie die „Schützenzeitung“ meldet, eine Schießwolle, die selbst auf den Ambos gelegt und mit dem Hammer gequetscht, sich nicht entzündet. Diese Erfindung hat derselbe der österreichischen Regierung angetragen; sie wurde jedoch einem dem Sohne des Erfinders, welcher in Innsbruck Jurastudirt und die Sache seines Vaters vertritt, zugesprochenen Erlasse zufolge, abgelehnt. Aus welchem Grunde, oder ob vielleicht die österreichische Regierung selbst schon im Besitze des angeordneten Mittels ist, ist uns nicht bekannt. (Es scheint, daß letzteres der Fall ist.) Interessant ist folgende Mittheilung des Herrn Stephanus: Lange schon vor der angenommenen Erfindung der Schießbaumwolle durch Schönbein und Böttcher hat dieselbe Erfindung Herr Stephanus, Buchbindermeister in Frankfurt, durch folgenden Zufall gemacht: Er benötigte zur Färbung von Leder Schwefel- und Salzsäure, die er aus der Apotheke holen ließ. Der Apotheker vergriff sich und gab statt Salzsäure Salpetersäure, welche durch die Farbe von der ersteren sich nicht unterscheidet. Als der Buchbinder die Säure mischte, entstand ein chemischer Brand,

und das irdene Gefäß zerbrach. Der Meister griff nun nach seinem baumwollenen Taschentuche und warf die Hand damit umwickelt, das Gefäß auf den steinernen Boden, um den Tisch zu reiten. Dabei wurde das Taschentuch mit der Mischung getränkt, ohne im geringsten beschädigt zu werden. Das Taschentuch wurde sofort im kalten Wasser gewaschen und an den eisernen Ofen zum Trocknen gehängt. Während nun der Meister sonst sich beschäftigte, explodirte plötzlich das Taschentuch und war zur nicht geringen Ueberschuldung des Meisters verschwunden. Der um Aufklärung angegangene Apotheker gestand den Irrthum durch Verwechslung der genannten Säuren. Stephanus verfolgte die zufällig gemachte Entdeckung nicht weiter. Erst im Jahre 1853 machte er den Versuch, Schießbaumwolle zu erzeugen. Schon der erste Versuch gelang vollkommen, obgleich die Mischung mit allen Neben Umständen nur nach Gutmüthen gewählt war.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Pest, 8. Februar. Die hiesige Stadtgemeinde hat in ihrer heutigen Kommunal-Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt: Mit Beginn des neuen Schuljahres die Realschule in eine ungarische zu verwandeln, die der ungarischen Sprache unkundigen städtischen Elementarlehrer zu entlassen, dem deutschen Staatsgymnasium die Lokalitäten zu kündigen und den Bürgen-Primas um Gesetzung des Vorstandes der Präparandie und der Oberin der englischen Gräuleins durch ungarische Individuen zu bitten. Die Karmeliter-Brüder ferner von dem städtischen Friedhofe zu entfernen.

In derselben Sitzung wurden für das Széchényi-Monument 6000 fl. gezeichnet.

Pest, 8. Februar. Eine Honthor Korrespondenz des hiesigen Journals „Gegenwart“ meldet mit Bestimmtheit, daß in diesem Komitate mit der Eintreibung der Domestikalsteuer u. z. mit 32 kr. pr. Gulden der bisherigen Steuer faktisch begonnen worden sei.

Pest, 8. Februar. (Telegr. der „Presse“). Nach dem „Szigony“ ist die auf den 14. Februar anberaumte Zusammenkunft des Hofkanzlers Baron Bay mit den Obergespanen von großer Bedeutung. Der Hofkanzler wolle, sagt das Blatt, mit den Munizipien in's Reine kommen, und wenn dieses nicht möglich sein sollte, den ungleichen Kampf eines Einzelnen gegen Viele aufgeben.

Pest, 9. Februar. (Telegr. der „Presse“). Ein Reskript des ungarischen Hofkanzlers Baron Bay schlägt die Bitte der Pester Stadt-Präparandie, den Landtag nach Pest zu berufen, ab, und hält die Bestimmung des Einberufungs-Schreibens, nach welchem der ungarische Landtag in Ofen zusammentreten soll, aufrecht.

Pest, 9. Februar. Die Repräsentanz der Stadt Pest hat in heutiger Sitzung mit 48 gegen 20 Stimmen den Beschluß gefaßt, daß das Alanzische Zunftgesetz vom Jahre 1848 bis auf weiteres unverändert in Kraft zu setzen sei; somit ist die Gewerbefreiheit von der Hauptstadt des Landes verworfen.

Fiume, 8. Februar. Aus Anlaß der in den letzten Tagen hier vorgekommenen Demonstrationen und Gewaltthatigkeiten erließ der Obergespan eine abmahnende Rundmachung. Die zur Verathung einer provisorischen Munizipal-Organisation ernannte Kommission beschloß bis 1. März alles im status quo zu belassen.

Berlin, 8. Februar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Adress-Debatte fortgesetzt. Hinsichtlich der kurhessischen Frage erklärte Herr v. Schölinig, er hoffe noch eine glückliche Lösung. Mit Waffengewalt die Verfassung vom Jahre 1831 einzuführen, würde für Preußen in höherem Grade dasselbe Unrecht sein, wie wir es dem Verfahren des Bundes vorgeworfen. Eine Aktion auf Grund des bestrittenen Bundesbeschlusses werde Preußen nicht dulden können. Die kurhessische Frage gehe Preußen nur in soferne an, als sie am Bundestage verhandelt werde, sonst sei sie lediglich eine innere Frage des Landes Kurhessen.

Frankfurt a. M., 8. Februar. Die gesetzgebende Versammlung beschloß fast einstimmig: 1) auf Antrag Dr. Textors, in Betreff des Antrags der darmstädter Regierung beim Bunde, gegen den sogenannten Nationalverein, den Gesandten Frankfurts dahin zu instruiren, nicht nur gegen den großherzoglich heß-

schen Antrag zu stimmen, sondern auch mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dagegen zu wirken. 2) Auf Antrag des Dr. Braunsfels, den Senat zu ersuchen, daß er durch den Gesandten Frankfurts beim Bundestag nach Kräften auf Schaffung einer starken Zentralgewalt mit Volksvertretung hinwirke.

Rom, 6. Februar. Starke piemontesische Kolonnen gehen durch Umbrien nach Neapel. Aus Neapel wird berichtet: Avola, Avellino und Ascoli sind im Aufstande. Der russische Gesandte Fürst Wolkonski ist krank. Ein anderer russischer Diplomat wird dem König und dessen Brüdern das große Band des weißen Adler-Ordens überbringen.

Rom, 8. Februar. Aus Gaëta wird vom 6. d. M. gemeldet: Gestern sprengte eine Bombe der Piemontesen ein kleines provisorisches Pulverdepot für zwei Kanonen nächst dem Thore der Landseite in die Luft. Die Explosion stürzte einige Mauer der dritten inneren Umwallung über den Hausen. Zwei Mann wurden getödtet. Der Schaden ist äußerst geringfügig, und wird ausgebessert. Die piemontesischen Batterien unterhalten während der Nacht ein ziemlich lebhaftes Feuer, aber ohne Erfolg. In der vorletzten Nacht hat ein noch nicht aufgeklärter Kampf zwischen zwei Dampfern stattgefunden.

Eine Adresse der bayerischen Frauen an die Königin ist angekommen.

Perugia, 3. Februar. Einige umbrische Bischöfe unter der Leitung des Erzbischofs von Spoleto brachten gestern ein Annullirungs-Gesuch gegen das die Klöster aufhebende Dekret. Der Abbeate Cervetti aus Genua ist zur Führung dieses Prozesses eingetroffen.

Turin, 7. Februar. Die heutige „Opinione“ berichtet aus Mailand vom 6. d. M.: Der hohe lombardische Klerus erließ ein Rundschreiben an sämtliche Pfarrer, von welchen es am verflochtenen Sonntage von der Kanzel veröffentlicht wurde, damit jede auf das Gewissen der Christen gegen die von der Regierung einzuführende Zivilehe einwirken mögen.

Mailand, 9. Februar. Viktor Emanuel reist nächsten Montag in Begleitung der Minister des Innern und der Justiz von Turin ab, um sich nach Mailand zu begeben; auch Cavour wird später hier eintreffen.

Paris, 8. Februar. Die Nachricht von einer Note Frankreichs an die Pforte wegen einer Enquête in Rumelien wird in Abrede gestellt.

Paris, 9. Febr. Abends. „Pays“ und „Patrie“ sagten gestern, Garibaldi habe sich verpflichtet, weder nach Ungarn noch nach Benevent einzufallen. Heute erklären diese Blätter, die Freunde Garibaldi's hätten ihnen mitgetheilt, letzterer habe keine derartige Verpflichtung eingegangen. Die beiden Journale fügen bei, die Garibaldi'schen Freiwilligen, welche sich in Paris befinden, hätten Befehl erhalten, nach Genua zu gehen und sich zur Verfügung Garibaldi's bereit zu halten.

London, 9. Februar. In der heutigen Nachtsitzung des Unterhauses bemerkte Lord J. Russell, die Drusenheß seien ohne Zustimmung der Rommisiäre nicht hinzurichten.

Im Oberhause kündigt Lord Normanby an, er werde die Aufmerksamkeit des Hauses auf die unsreien Wahlen in Italien lenken.

Konstantinopel, 7. Februar. Frankreich hat der Pforte eine mit der russischen Note fast identische Note übergeben, in welcher die Unzulänglichkeit der Enquête in Rumelien nachgewiesen und eine permanente Konferenz verlangt wird. Die Pforte antwortet, sie habe Reformen vorbereitet.

Getreid-Durchschnitts-Preise

in Laibach am 9. Februar 1861.

Ein Wiener Megen	Marktpreise		Magazins-Preise	
	in österr. Währ.			
	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	—	—	7	2
Korn	—	—	4	85 1/2
Gerste	—	—	4	13 1/2
Haser	—	—	2	65
Halbschrot	—	—	5	10
Heiden	—	—	3	94
Hirse	—	—	3	87 1/2
Rufurug	—	—	4	7 1/2

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Tag	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in P. L. auf 0° R. reduziert	Lufttemperatur nach Reaumur.	Wind	Witterung	Niederschlag binnen 24 Stunden in Pariser Linien
7. Februar	6 Uhr Morg.	326.87	+ 4.2 Gr.	SW. mittelm.	Regen	1.58
	2 „ Nachm.	326.65	+ 7.4 „	SW. ditto	trübe	
	10 „ Abd.	326.47	+ 3.7 „	SW. ditto	Regen	
8. „	6 Uhr Morg.	325.99	+ 2.4 Gr.	SW. schwach	Höhennebel	5.00
	2 „ Nachm.	326.15	+ 4.1 „	SW. ditto	Regen u. Höhennebel	
	10 „ Abd.	325.81	+ 2.1 „	SW. ditto	Rebel	

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. **Wien,** (Mittags 1 Uhr.) (Mr. Stg. Abbl.) Die gute Stimmung erhält sich und wird auch durch entsprechend höher Notirungen des Auslandes unterstützt. Gold und Devisen stellten sich nach mehrfachen Schwankungen zuletzt noch um circa 1% billiger als gestern. Staatspapiere, besonders aber Specz. Metalliques gesucht. Auch die meisten Speculations-Effekten beliebt, Geld im Umlauf und Leihgeschäfte flüssiger.

Öffentliche Schuld.				Geld				Geld				Geld			
A. des Staates (für 100 fl.)				Böhm. Westbahn zu 200 fl.				Haly. Karl-Ludw. Bahn zu 200 fl.				Haly. Karl-Ludw. Bahn zu 200 fl.			
In österr. Währung zu 5%	60.00	60.50		Salz. Karl-Ludw. Bahn zu 200 fl.	169.00	169.50		St. Genois	40.00	40.00	34.25	34.75			
National-Anlehen mit				„ „ „ 80 fl. (40%) Einz.	169.00	169.50		„ „ „	40.00	40.00	36.00	36.50			
Jänner-Coup. „ 5 „	76.60	76.70		„ „ „	417.00	418.00		„ „ „	20.00	20.00	20.25	20.75			
National-Anlehen mit				„ „ „	180.00	200.00		„ „ „	20.00	20.00	24.75	25.25			
April-Coup. „ 5 „	76.70	76.80		„ „ „	388.00	392.00		„ „ „	10.00	10.00	15.00	15.50			
Metalliques „ 5 „	66.50	66.75		„ „ „	400.00	405.00		Wechsel.							
„ „ „ 4 „	58.00	58.50		„ „ „	163.00	163.50		3 Monate							
mit Verlosung v. J. 1839	109.75	110.00		Pfandbriefe (für 100 fl.)											
„ „ 1853	86.50	87.00		Nationalb. 6jähr. v. J. 1857 5%	101.00	101.50									
„ „ 1860 zu	82.50	82.75		„ „ „ 10 „ „ „	97.00	98.00									
„ „ 100 fl.	83.00	83.25		„ „ „ 5 „ „ „	91.00	91.25									
„ „ 42 L. austr.	15.50	16.00		Nationalb. (verlosbare „ 5 „	86.50	87.00									
B. der Kronländer (für 100 fl.)				Loose (per Stück.)				Cours der Geldsorten.							
Grundentlastungs-Obligationen.				Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.	113.25	113.50									
Nieder-Österreich zu 5%	84.00	85.00		„ „ „ 100 fl. öst. W.	97.50	98.00									
Ob. Öst. und Salz. „ 5 „	86.25	86.50		Don.-Dampfsch. 3. 100 fl. öst. W.	37.50	38.00									
Böhmen „ 5 „	89.50	90.00		Städtgem. Osen zu 40 fl. öst. W.	89.00	89.50									
				„ „ „ 40 „ „	35.75	36.25									
				„ „ „ 40 „ „	37.25	37.75									
				„ „ „ 40 „ „	37.25	37.75									

Effekten- und Wechsel-Kurse	
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.	
Den 9. Februar 1861.	
Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 65.80	Silber . . . 142.00
5% Nat. Anl. 76.70	London . . . 142.50
Bankaktien . 746.00	k. k. Dufaten 6.81
Kreditaktien 166.30	

K. k. Lotterziehungen.	
Wien, 9. Februar: 24 79 47 45 43.	
Graz, 9. Februar: 83 21 2 52 86.	

Fahrordnung	
der Züge auf der südlichen Staats-Eisenbahn	
vom 3. Oktober 1860 bis auf Weiteres.	
a. Züge zwischen Laibach und Wien.	
In der Richtung nach Wien.	
Laibach Abfahrt Nachm. 1 Uhr 1 M. u. Nachts 12 Uhr 18 M.	
Steinbrunn 3 „ 9 „ „ 2 „ 27 „	
Marburg Abends 6 „ 24 „ „ 5 „ 42 „	
Graz 8 „ 42 „ „ 7 „ 50 „	
Bruck Nachts 10 „ 39 „ „ 9 „ 57 „	
Neustadt Früh 3 „ 34 „ „ Nachm. 3 „ 11 „	
Wien Ankunft „ 5 „ 20 „ „ 5 „ 11 „	
In der Richtung von Wien.	
Wien Abfahrt Vorm. 9 Uhr 30 M. u. Nachts 11 Uhr — M.	
Neustadt 11 „ 19 „ „ 12 „ 46 „	
Bruck Nachm. 4 „ 28 „ „ Früh 6 „ 42 „	
Graz Abends 6 „ 24 „ „ 7 „ 48 „	
Marburg 8 „ 36 „ „ 9 „ 58 „	
Steinbrunn Nachts 11 „ 46 „ „ Nachm. 1 „ 19 „	
Laibach Ankunft „ 2 „ 7 „ „ 3 „ 40 „	
b. Züge zwischen Laibach, Triest und Venedig.	
In der Richtung nach Triest und Venedig.	
Laibach Abfahrt Nachts 2 Uhr 17 M. u. Nachm. 3 Uhr 50 M.	
Triest Ankunft Früh 8 „ 16 „ „ Abends 9 „ 48 „	
Venedig „ Nachm. 2 „ 48 „ „ Früh 4 „ 50 „	
In der Richtung von Triest und Venedig.	
Venedig Abfahrt Nachts 11 Uhr — M. u. Vorm. 10 Uhr 36 M.	
Triest Früh 6 „ 45 „ „ Abends 6 „ 15 „	
Laibach Ankunft Mittag 12 „ 36 „ „ Nachts 12 „ 8 „	
c. Züge zwischen Laibach und Kanizsa.	
Abfahrt von Laibach Nachts 12 Uhr 18 Minuten.	
„ Kanizsa Früh 5 „ — „	
Ankunft in Kanizsa Vorm. 10 „ 25 „	
„ Laibach Nachm. 3 „ 40 „	

Fremden-Anzeige.
Den 8. Februar 1861.
Hr. Bassisch, Gutsbesitzer, von Grailach. —
Hr. Wasser, Handelsmann, von Wien. — Hr. Bar-
ritz, Handelsmann, von Triest. — Die Herren
Manzoni, Handelsmann, und — Debellak, Gymna-
siallehrer, von Udine. — Hr. Matschnig, Privat-
von Villach. — Hr. Berger, Pächterin, von Rathof.

3. 246. (1)
Zu verkaufen
ist eine Parthie von beiläufig **220.000**
St. Ziegelsteinen von vorzüglicher
Qualität, welche sich in der Nähe der Eisenbahn-Station
Franzendorf befindet. Kauflustige wollen sich an den
Ingenieur **Giordani**, wohnhaft in Laibach, in der
St. Petersvorstadt Nr. 90, um das Weitere wenden.

3. 244.
Zum Verkaufe wird angetragen:
1 ein Stock hohes Haus in Laibach mit Hofraum,
Brunnen und Garten und mehreren Lokalitäten, vorzüg-
lich zum Gasthaus geeignet, im Extrage von 460 fl.;
um 4500 fl., gegen Anzahlung von nur 1500 fl.
beim Kaufabschlusse. Joh. Ant. Schüller zu Lai-
bach, Polana Vorstadt Nr. 23, autor. Agent.

3. 193. (2)
Wohnungs-Veränderung.
Med. & Chir. Dr.
Fritz Keesbacher
wohnt seit 1. Februar 1861 am Haupt-
platz Nr. 5, I. Stock, im Hause des Herrn
Apothekers **RAMM**.
Ordinationsstunde 8 — 9 Uhr Morgens,
und 12 — 2 Uhr Mittags.
Für Arme unentgeltlich.

3. 1877. (23)
Bestellungen
auf guten trockenen **Torf**
werden in der Nürnbergerwarenhandlung des Herrn
Anton Weimann am Hauptplatz und im Meier-
hof des Herrn **Karl Wally** zunächst der **Karl-
städterlinie** entgegen genommen und prompt effe-
kirt. Eine einspännige Wagenladung kostet 2 fl.
60 Kr. ö. W., eine zweispännige Wagenladung 5 fl.

3. 233. (2)
Anzeige.
Um vielseitigen Wünschen zu entsprechen,
ist sowohl am Kongressplatz Nr. 23, sowie
auch auf der Wienerlinie Nr. 7 ein großes
Lager von **Confetti** für die heurige
Corsosfahrt
um den möglichst billigen Preis zu haben,
wozu der ergebenst Gefertigte um einen zahl-
reichen Zuspruch bittet und für die bisher
gefällige Abnahme seinen Dank ausspricht.
Johann Sarer,
Zuckerbäcker.

3. 219. (2)
Anzeige.
Wir beehren uns hiemit zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß wir Herrn
Friedrich Wagner in Laibach das **General-Depôt** für Krain von unserem
Erzeugnisse übertragen haben, wo dasselbe in stets frischer Ware zu unseren Original-
preisen vorrätig sein wird.
Lüfter im Februar 1861.

Die Tüfferer Cement-Gewerkschaft.
Indem ich mich auf diese Anzeige beziehe, erlaube ich mir bei herannahender
Bauzeit zur Abnahme von
Tüfferer - Cement
einzuladen, welcher wohl allen Anforderungen entsprechen dürfte, da derselbe von dem
löbl. n. ö. Gewerbeverein in Folge vorgenommener Proben, nächst dem **Portland-
Cemente** (der jetzt ungefähr sechs Mal so theuer zu stehen kommt) als das beste
derartige Erzeugniß bezeichnet wurde.
Friedrich Wagner,
Comptoir: Theatergasse Nr. 42.

3. 241. (1)
In der **St. Peters - Vorstadt** Nr.
90 wird in größern Parthien
Rothtannen- und Kiefernholz
zu kaufen gesucht.

3. 47. (2)
DEPOT
der
Hühnerangen - Pflaster
der
Gebrüder Lentner
aus Schwaz in Tirol,
bei **Anton Krisper** in Laibach.

3. 245. (1)
Wohnung zu vermieten.
In der **Dirnau - Vorstadt** Hs. Nr. 14
im ersten Stock ist eine Wohnung, be-
stehend aus 2 Zimmern, Küche, Speis-
und Holzlege u. für kommende Georgizeit
zu vermieten. — Das Nähere beim Haus-
eigenthümer dortselbst.

3. 218. (2)
Zwei Wohnungen
mit je vier Zimmern, Küche, Keller, Holz-
lege, Speise- und Dachkammer sind für
kommenden Georgi im Hause Nr. 187 am
Raas zu vermieten.
Nähere Auskunft in der Rosengasse Nr.
114 im zweiten Stocke.